



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 7 - V - 2 0 - 0 0 3 7**

(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) Dez VI/20

Bericht Halbjahresergebnis 2017 auf Basis der HMS-Auswertung Stand Juni 2017

Anlage/n siehe Seite 3

 Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
		<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

gez. Imholz

Stadtkämmerer

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden, 25.07.2017

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

gez. Imholz
 Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Die Hochrechnung zum 30.06.2017 prognostiziert einen Überschuss von rd. 26 Mio. €.

Anlagen:

Anlage 1a: Gesamtsicht

Anlage 1b: HR im Vergleich

Anlage 2: Verteilung Erhöhung Personal- und Versorgungsaufwendungen

Anlage 3: Entwicklung Vollzeitäquivalente

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Hochrechnung Juni 2017 einen Überschuss von rd. 26 Mio. € prognostiziert.
2. Aufgrund der positiven Entwicklung wird das Budget der Dezernate für Personal- und Versorgungsaufwendungen um 10 Mio. € erhöht. Die Verteilung orientiert sich am Volumen dieser Kostengruppe (ohne die Positionen, die nicht direkt von Tarif- und/oder Besoldungssteigerungen betroffen sind).
Dezernat VI/20 wird mit der Buchung gemäß Anlage 2 zu dieser Sitzungsvorlage beauftragt.
3. Ab dem Haushaltsjahr 2017 sind die Kostenarten 648510 Versorgungslastenteilung, 648520 Nachversicherungsbeiträge und 648530 Aufwendungen Versorgungsausgleich nicht mehr Bestandteil der Dezernatsbudgets.
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Aufsichtsbehörde über die aktuelle Hochrechnung informiert wird.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

Eine nachhaltige Finanzpolitik der LHW mit Prioritätensetzung und Budgetierung berücksichtigt die zukünftige demographische Entwicklung und unterstützt Generationengerechtigkeit.

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Zu 1:

Die Hochrechnung zum 30.06.2017 (Anlage 1a und 1b) zeigt eine sehr erfreuliche Entwicklung, die zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung (2015) so nicht absehbar war. Aktuell wird zum Jahresende ein Überschuss von ca. 26 Mio. € erwartet. Zur besseren Erläuterung der Gründe wird die Gesamtsicht im Folgenden in den entscheidenden Bereichen zusammengefasst:

		Vorjahr	Budget	Hochrechnung	Abweichung
⊕ Steuersaldo		541,85	532,72	560,89	28,16
⊕ Saldo Allg. Schlüsselzuweisung		104,54	94,62	109,72	15,11
⊕ Transfersaldo		188,38	204,42	189,77	14,66
⊕ Saldo Abschreibungen / Sonderposten		42,86	45,20	46,57	-1,37
Weitere Kosten-					
artengruppen	Personal- und Versorgungsaufwendungen	278,28	270,80	291,21	-20,41
	Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistg.	182,82	165,30	173,22	-7,93
	Zuweisungen, Zuschüsse, bes. Finanzausgaben	116,44	125,51	129,22	-3,71
	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	72,96	69,62	66,99	-2,63
	Finanzergebnis	14,82	10,61	9,04	-1,56
	Steueraufw. u. Aufw. gesetzl. Umlageverp	0,00	0,05	0,02	0,02
	sonstige ordentliche Aufwendungen	4,48	1,63	0,90	0,73
	sonstige ordentliche Erträge	48,31	22,87	23,64	0,77
	Leistungsentgelte	61,87	56,38	58,65	2,28
	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	29,46	20,15	23,10	2,95
	außerordentliches Ergebnis	3,29	0,00	5,06	5,06
Gesamtergebnis		57,27	5,95	26,19	32,13

Die prognostizierte Verbesserung basiert hauptsächlich auf der positiven Entwicklung der **Steuern**. Der Saldo zwischen Steuererträgen und Gewerbesteuerumlage liegt 28 Mio. € über dem Planwert. Zum einen entwickelt sich der Anteil an der Einkommensteuer besser als im Vorjahr; zum anderen liegt momentan die Gewerbesteuer rd. 31 Mio. € über dem Planwert.

Vergleicht man den Anordnungsstand Gewerbesteuer Ende Juni der letzten Jahre, dann bestätigt sich die Prognose:

<u>2014</u>	<u>2015</u>	<u>2016</u>	<u>2017</u>
251,7	265,5	278,1	294,2

Zwar besteht evtl. noch Risiko¹ in Höhe von etwa 15 Mio. €, aber damit läge der Trend immer noch auf Vorjahresniveau.

Der **Saldo Allgemeine Schlüsselzuweisung** setzt sich zusammen aus der Allgemeinen Schlüsselzuweisung KFA (ohne besondere Finanzausgaben KFA) und den zu zahlenden LWV- und Krankenhausumlagen. Letztere machen etwa 43% an den Schlüsselzuweisungen aus. Insgesamt wird ein Plus gegenüber den Planwert von rd. 15 Mio. € erwartet.

Anmerkung:

Die Berechnungen zur Höhe der Schlüsselzuweisung berücksichtigen unsere eigene Finanzkraft des 2. Halbjahres Vorvorjahr und 1. Halbjahr Vorjahr. Damit besteht bei besonders guten Steuereinnahmen das potenzielle Risiko einer reduzierten Schlüsselzuweisung im folgenden Jahr.

¹ Durch eine Unternehmensübernahme konnten bei einem Steuerpflichtigen für 2015 ~7,5 Mio. € Abschlagszahlungen reduziert werden. Zurzeit wird geprüft, ob dieser Sachverhalt auch für die Jahre 2016/2017 zutreffen wird.

Der **Transfersaldo** setzt sich zusammen aus den Erträgen aus Transferleistungen und den Transferaufwendungen (insbesondere SGB II). Die Hochrechnung prognostiziert für den Zuschussbedarf nur eine geringe Steigerung zum Vorjahr und eine Einsparung gegenüber dem Budget von ca. 14 Mio. €. Vermutlich liegt eine Unterschätzung vor. Im Bereich SGB II zeichnen sich steigende Fallzahlen ab. Diese können in der zweiten Jahreshälfte das Saldoergebnis verschlechtern.

Der nichtzahlungswirksame **Saldo aus Abschreibungen und Sonderposten** (erhaltene Zuschüssen für Investitionen verteilt auf die Nutzungsdauer) zeigt eine sehr geringe Abweichung vom Budget.

Bei den restlichen Kostenartengruppen sind zwei Gruppen besonders hervorzuheben:

In der Gruppe **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** ist als „Reserve“ die Risikovorsorge enthalten. Sie wird erst ab Herbst anteilig „aufgelöst“. Im Moment wird simuliert, dass noch etwa 20 Mio. € mehr ausgegeben werden, als es die Hochrechnung aufgrund der IST-Zahlungen errechnet.

Damit ist sichergestellt, dass vermutete Unterschätzungen (siehe Transfersaldo) aufgefangen werden können. Darüber hinaus ist so gewährleistet, dass Instandhaltungsarbeiten, die erst in den Sommerferien erfolgen, zumindest anteilig berücksichtigt sind.

Anmerkung:

Die Reduzierung der Kostenartengruppe gegenüber 2016 erklärt sich durch rd. 8,9 Mio. € für Flüchtlingsnotunterkünfte und rd. 11 Mio. €, die 2016 einer Rückstellung für Altlastensanierungen zugeführt wurden.

Die höchste negative Abweichung wird für die Gruppe **Personal- und Versorgungsaufwendungen** prognostiziert. Die Erwartung liegt bei einer Überschreitung von rd. 20 Mio. €. Zum einen liegt das an den Ausbaubereichen wie Kinderbetreuung und Betreuung geflüchteter Menschen; zum anderen an Tarif- und Besoldungssteigerungen, die in dieser Höhe bei den Haushaltsplanberatungen 2016/2017 nicht berücksichtigt werden konnten.

Zu 2:

Die prognostizierten Mehrerträge in der Allgemeinen Finanzwirtschaft würden es erlauben, die Dezernatsbudgets in der Gruppe Personal- und Versorgungsaufwand zu erhöhen. In den Haushaltsplanberatungen 2016/2017 wurde noch von der Notwendigkeit einer Konsolidierung ausgegangen. Die Personalbudgets wurden nur moderat erhöht. Die bis heute eingetretenen Tarif- und Besoldungssteigerungen konnten im Plan damals nur anteilig berücksichtigt werden. Daher überschreiten fast alle Dezernate ihr Personalbudget.

Es erscheint vertretbar, 10 Mio. € der erwarteten Verbesserung dieser Kostengruppe zuzusetzen. Die Verteilung soll prozentual zu den Personalaufwendungen im engeren Sinn (ohne Beihilfen, Versicherungen usw.) erfolgen (siehe Anlage 2).

Zu 3:

Seit 2016 ist bei Wechsel von Beamtinnen und Beamten zu einem anderen Dienstherrn die Abwicklung der Versorgungsansprüche neu geregelt. Der Dienstherr, bei dem die/der Beamtin/Beamte in den Ruhestand tritt, zahlt die Versorgungsbezüge. Vor 2016 entstand auch erst zu diesem Zeitpunkt ein Erstattungsanspruch an die vorhergehenden Dienstherrn. Seit 2016 sind die erworbenen Ansprüche zum Zeitpunkt des Wechsels zu berechnen und sofort an den neuen Dienstherrn zu überweisen. Dies führt in der Verteilung auf die Dezernate zu einer überproportionalen Belastung der Dezernate, die Beamtinnen und Beamte beschäftigen. Daher wird vorgeschlagen, die entsprechenden Kostenarten nicht mehr dem zu verantwortenden Budgetergebnis CO zuzuordnen.

Die Dezernatsbudgets würden damit in 2017 mindestens um zusätzliche ~1,3 Mio. € entlastet:

		Hochrechnung
648510	Versorgungslastenteilung	1.086.065,65
648520	Nachversicherungsbeiträge	18.514,03
648530	Aufwendungen Versorgungsausgleich	186.893,09
	Summe	1.291.472,77

Zu 4:

Mit dem Begleiterlass des Hessischen Ministerium des Innern und für Sport wurde u. a. darauf hingewiesen, dass *„bei den zahlungswirksamen Personalaufwendungen - ohne Berücksichtigung des Ausbaubereiches Kinderbetreuung und drittfinanziertem Personal - keine zusätzlichen Haushaltsmittel für tarifliche Steigerungen in 2016 und 2017 berücksichtigt werden sollten. Die Tarifsteigerungen sind aus dem Budget zu kompensieren.“*

Weiterhin sollen eingeleitete Konsolidierungsmaßnahmen intensiviert werden, *„um das Gebot des gesetzlichen Haushaltsausgleichs zu erreichen. Künftig muss es daher Ziel sein, die Gesamtaufwendungen spürbar zu reduzieren und insgesamt auf das durchschnittliche Niveau der jährlichen Einnahmen auszurichten, um eine nachhaltige Haushaltspolitik zu gewährleisten und den dauerhaften Haushaltsausgleich sicherzustellen.“*

Beide Punkte konnten mit Blick auf den Halbjahresbericht bisher erfüllt werden (siehe Anlage 3).

Über die monatliche Hochrechnung im Haushaltsvollzug wird die Aufsichtsbehörde regelmäßig informiert.

Wiesbaden,

25.07.2017
3192 he

gez.

Axel Imholz
Stadtkämmerer